

Zu Punkt 10

Allgemeine Migrationsberatung im neuen Stadtteilzentrum im Oberlohmannshof einrichten (Beschluss der Bezirksvertretung Jöllenbeck zum Antrag der SPD-Fraktion vom 08.04.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5958/2020-2025/1

Frau Weißenfeld (SPD-Fraktion) begrüßt das Migrations-Beratungsangebot im Oberlohmannshof und bittet um Erläuterung der finanziellen Auswirkungen.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt, dass für das Angebot städtische Mitarbeitende der ehemaligen Fachstelle für Flüchtlinge - jetzt Sozialberatung zur Integration Zugewanderter – eingesetzt würden und daher keine zusätzlichen Finanzmittel benötigt würden. Da einige bisher aufgesuchte Einrichtungen geschlossen bzw. aufgelöst seien, könnten Beratungsstunden umgeschichtet werden.

Frau Krutwage ergänzt, dass sich die städtische Sozialberatung zur Integration Zugewanderter eng mit dem AWO Kreisverband Bielefeld e.V. abstimme, der im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung die Migrations-Beratung in einigen Stadtteilen anbiete. Ziel sei es, Doppelungen zu vermeiden und Beratung vor Ort in den Quartieren anzubieten.

Die städtische Sozialberatung zur Integration Zugewanderter werde in Jöllenbeck in Abstimmung mit der Stadtteilkoordination im Stadtteilzentrum Oberlohmannshof angeboten. Weiter werde sie auch in Sennestadt insbesondere mit dem Case-Management tätig werden, dieses Angebot solle aus der Württemberger Straße näher ins Zentrum, evtl. ins Sennestadthaus, verlegt werden. Die AWO halte ein Beratungsangebot in Brackwede (Südschule) und Oldentrup vor. Mit der REGE werde ein Angebot in Baumheide durchgeführt und mit der GfS in Sieker.

Derzeit würden die Standorte und die Ausgestaltung der Beratung konzeptionell überarbeitet. Es würden somit keine zusätzlichen finanziellen Mittel benötigt, sondern die vorhandenen Ressourcen sollten in enger Abstimmung der Beteiligten gut in die Fläche gebracht werden.

Frau Adilovic weist darauf hin, dass die Fachstelle für Flüchtlinge besser Fachstelle für Integration heißen solle. Es müsse für Außenstehende klar sein, wer wen berate.

Herr Dr. Sander (AfD-Fraktion) möchte wissen, welchen Auftrag die genannten Beratungsstellen hätten und worüber sie mit welcher Zielsetzung beraten würden.

Hierzu führt Frau Krutwage aus, dass das Wort „Fachstelle für Flüchtlinge“ ein Arbeitstitel sei. Durch die Landesförderung des Case-Managements habe sich der Arbeitsauftrag geweitet, so dass organisatorische Veränderungen notwendig geworden seien. Das Case-Management kümmere sich um Menschen, die schon länger in Bielefeld lebten und deren Integration Unterstützung benötigte. Es gehe somit nicht nur um geflüchtete Menschen, sondern um alle Personen, die zugewandert seien und zum Fortschritt ihrer Integration Fragen hätten. Die quartiersorientierte Beratung erfolge in der Regel in Form der Verweisberatung und qualifizierten Weiterleitung.

Frau Weißenfeld hält den Beschluss des vorlegten Antrags aufgrund der vorstehenden Ausführungen nicht mehr für nötig. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger formuliert folgenden Beschlussvorschlag: „Der Sozial- und Gesundheitsausschuss begrüßt das zwischen dem AWO Kreisverband Bielefeld e.V. und der Stadt Bielefeld abgestimmte städtische Beratungsangebot im Quartierszentrum Oberlohmannshof.“

Herr Paus betont, dass die quartiersorientierte Beratung unstreitig sinnvoll sei. Dennoch hinterfrage die Bundesregierung aktuell die Stellen für die Migrationsberatung für Erwachsener und die Jugendmigrationsdienste und habe Kürzungen von bis zu 40 Prozent angekündigt. Es stelle sich die Frage, was passiere, wenn die bisherigen Angebote aus der Trägerlandschaft nicht mehr aufrechterhalten werden könnten. Er fordert den SGA auf, dieses Thema im Blick zu behalten.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger schlägt vor, in der November-Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses die Aufgabenwahrnehmung unter Berücksichtigung der veränderten Arbeitsinhalte und der organisatorischen Umstellungen mittels einer Informationsvorlage vorzustellen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Vorsitzende Frau Gorsler über den abweichenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Abweichender Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss begrüßt das zwischen dem AWO Kreisverband Bielefeld e.V. und der Stadt Bielefeld abgestimmte städtische Beratungsangebot im Quartierszentrum Oberlohmannshof.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-